

Hauptausschuß
51. Sitzung

23.06.1988
hz-sz

Der Abgeordnete fährt fort, trotz der Stagnation der öffentlichen Finanzierung seit 1981 sei es den Weiterbildungseinrichtungen gelungen, die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter weiter zu erhöhen. Hier seien offenbar zusätzliche Finanzierungsquellen erschlossen worden. In der Weiterbildung seien schließlich 81 000 Menschen nebenberuflich tätig; es sollte einmal überlegt werden, wie viele hiervon eigentlich im wesentlichen aus Einkünften aus dieser Tätigkeit lebten und was zugunsten ihrer sonst nicht vorhandenen sozialen Grundsicherung geschehen könne.

Dann bittet der Abgeordnete um Auskunft, in welchem Umfang Einrichtungen der Weiterbildung außer ihren eigenen Räumen im Interesse der Kostenersparnis auch andere Gebäude und Räumlichkeiten nutzten.

Wichtig erscheine die Tatsache, daß die Summe der Teilnehmerbeiträge für die Weiterbildung mit über 200 Millionen DM den Betrag übersteige, der aus dem Landeshaushalt in die Weiterbildung fließe, und höher sei als die Aufwendungen aller zehn anderen Bundesländer zusammengenommen.

Vom Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz stelle der Bericht nur das Anlaufjahr 1985 dar; hiernach entfielen nahezu 90 % der angenommenen Bildungsangebote auf die politische Bildung und nur ein kleiner Teil auf die berufliche Weiterbildung. In anderen Bundesländern seien diese Anteile ausgewogener. Es frage sich, wie sich die Inanspruchnahme in den Jahren von 1986 bis 1988 entwickelt habe. - Ferner sei zu überlegen, was geschehen könne, um beim Bildungsurlaub die unausgewogene Struktur im Verhältnis von männlichen und weiblichen Teilnehmern zu verbessern. - Überraschend sei die ausgewogene Altersstruktur beim Bildungsurlaub und der relativ beachtliche Anteil von Arbeitnehmern aus kleineren Betrieben. - Begrüßenswert seien die Trends, daß die Menschen noch mehr für ihre Persönlichkeitsentwicklung und zum besseren Verständnis der Technik unternähmen.

Das Telekolleg müsse im Zusammenhang mit dem Funkkolleg gesehen werden, das 180 000 angemeldete Teilnehmer habe. Das spreche für eine enorme Bildungswilligkeit der Bevölkerung. - Den am Schluß des Berichts formulierten Perspektiven stimmt Abg. Grätz uneingeschränkt zu; es wäre wünschenswert, wenn die positive Entwicklung anhielte.

Für die Beiträge bedankt sich StS Dr. Leister. Der von Dr. Pohl bemängelten späten Vorlegung des Berichts solle nachgegangen werden; zuständig hierfür sei der Kultusminister. - Das Hauptproblem seien nach wie vor die Personalkosten; darin sei Abg. Hellwig beizupflichten. Zwar seien die Haushaltsberatungen 1989 noch nicht abgeschlossen, jedoch lasse die Etatsituation wenig Spielraum. Die Personalkostenproblematik beschränke sich nicht auf die politische Bildung, sondern betreffe die anderen Bereiche